Nr. 343.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge.

Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Gr. Belgin Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Sonntag, den 9. December.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 4½, 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1877.

Politisches.

Rrrr! Ein ander Bild! An diesen Guckkastenausruf wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den Umschwung betrachtet, der sich augenblicklich in Frankreich vollzieht. Am Donnerstag trat in Versailles die Deputirtenkammer zu der mit fieberhafter Spannung erwarteten Sitzung zusammen, in welcher die Republikaner den schwerwiegenden Beschluß fassen wollten und sollten: dem Marschall-Präsidenten die Steuern zu verweigern. Der Budgetausschuß legt denn auch der Kammer die darauf gerichteten Vorschläge vor. Auf einmal meldet sich ein Bote bei dem Präsidenten Grévy, zischelt diesem einige Worte ins Ohr, und Grévy hebt die Sitzung auf. Allgemeine Ueberraschung. Was ist geschehen? Mac Mahon, der bisher Unnachgiebige, hat ein Einsehen gehabt und sich entschlossen, ein parlamentarisches Ministerium zu berufen. Nun braucht man nicht mehr die Waffe der Steuerverweigerung. Der stolze Degen beugt sich und willigt in Bedingungen, die er bisher als abscheuliche Zumuthungen grob abwies. Noch entzieht sich der allgemeinen Kenntniß, welcher Umstand zuletzt den Marschall bestimmt hat; genug, er hat Herrn Dufaure Vollmacht und freie Hand gegeben, ein Cabinet aus den Reihen der republikanischen Mehrheit zu bilden. Die nächsten Bedingungen, die Mac Mahon eingehen mußte, waren: Erlaß einer Botschaft an die Kammern, worin er feierlich zusagt, die Deputirtenkammer nicht noch ein zweites Mal aufzulösen; Entlassung der antirepublikanischen Beamten und Annahme der Gesetze über den Belagerungszustand und die Colportage der Druckschriften. Die Deputirtenkammer wird ferner durch die Wahl hervorragender Republikaner in die neue Regierung befriedigt. Deutschland kann mit diesem Ausgange der Krisis, so unerwartet er auch kommt, wohl zufrieden sein. An Spott über den zu Kreuze gekrochenen Marschall wird es zwar nicht fehlen; aber den allgemeinen Interessen Europas ist gewiß besser gedient, wenn die beißendsten Epigramme auf Mac Mahon hageldicht niederfallen, als wenn derselbe ferner noch die von den Jesuiten geleitete Drahtpuppe bleibt, die er bislang war. Gambetta wird triumphiren, denn Mac Mahon greift bei der ihm von Gambetta gestellten Alternative: „Abdanken oder Unterwerfung" lieber nach der Unterwerfung. Vor Wuth schäumen die Bonapartisten und die mit ihnen verbundenen Clerikalen. Den Händen der Letzteren entschlüpft ja der Degen, den sie zur Wiederherstellung des Kirchenstaates zücken wollten, im letzten Augenblicke; den Bonapartisten aber entzieht sich die Aussicht auf den Flug des jungen kaiserlichen Adlers Napoleon IV. von Chiselhurst nach Paris ebenso unerwartet und — wer weiß, auf wie lange Zeit! Denn wenn sie sich auch in ihrem maßlosen Zorne mit den Radikalen und Socialisten verbinden, um an dem Sturze des kaum gebildeten gemäßigten Cabinets zu arbeiten, so ist billig zu bezweifeln, ob ihre Maulwurfsarbeit Erfolge aufweist.

Nicht minder frappant ist der Wechsel auf dem Kriegstheater in Bulgarien. Der glänzende Sieg Suleiman's bei Elena erweist sich nicht als ein vereinzelter Vorstoß, sondern als Theil der allgemeinen Offensive, die dieser General auf der ganzen Linie des Lom ergriff. Lange hat er gezögert, hat hie und da, aber immer sorgfältig, recognoscirt, täuschte den Feind und warf sich endlich mit Macht auf eine empfindliche Stelle. Sofern er über eine marschfähige Armee von 50,000 Mann verfügt und die Russen ihm nicht überlegene Streitkräfte in den Weg werfen können, steht die Welt abermals an einem überraschenden Wendepunkte dieses abwechselungsreichen Krieges. Es ist für diesen Krieg charakteristisch, daß, wenn es der einen Partei an einem Orte schlecht geht, sich dies auch auf anderen Kampfplätzen wiederholt. So geht auch mit dem Siege Suleiman's in Ostbulgarien ein wesentlicher Erfolg Mehemed Ali's in Westbulgarien parallel. Letzterer hat die Russen nach mehrtägigen Kämpfen zum Rückzuge auf Wratschesch genöthigt, also zum Verlassen derjenigen Stellungen gezwungen, welche nach ihren Angaben seine Positionen beherrschten. Man vergesse nicht, daß Mehemed Ali nur über ein in der Eile zusammengerafftes, dabei nicht einmal großes Corps junger, ungeübter Soldaten gebietet, während ihm die Elite des russischen Heeres, Kerntruppen aus der Garde, gegenüberstanden. Diese Truppen, die vor der Linie noch das voraus haben, daß sie mit besseren Gewehren bewaffnet sind, sie, die Rußland Anfangs gar nicht auf den Kriegsschauplatz mitsandte, weil sie für die Türken viel zu gut seien, sie, der Stolz der russischen Armee, sollen sich von Anhöhen, die noch dazu befestigt und dominirend waren, von türkischen Landwehren haben hinauswerfen lassen? Welchem echten Russen lacht nicht das Herz im Leibe, wenn er nur das berühmte Regiment Preobraschenski oder Semenowski nennen hört? Und diese Preobraschenski und Semenowski sollen sich jetzt vor zusammengelaufener, türkischer Landwehr nach Wratschesch rückwärts concentrirt haben? Wie viele Vorurtheile hat dieser Krieg nicht schon zerstört! Was von den gelehrtesten Fachmännern als stark befunden wurde, erwies sich als schwach und das Schwache als stark. Die Kriegsminister und noch mehr die Parlamente sollten eine Lehre daraus ziehen. Oder ist es etwa nicht des Nachdenkens werth, daß Festungen wie Kars, welche viele Millionen gekostet haben, weniger widerstandsfähig sich gezeigt haben, als die Erdschaufelungen bei Plewna, die so gut wie gar nichts gekostet? Kauft dem Soldaten eine Schaufel und spart die Millionen für Festungsbauten! Und ist es mit den Kolossen, die man Panzerschiffe nennt, anders? Auch sie kosten Millionen und da kommt ein kleines, elendes Ding, das Torpedoboot, und macht ihnen den Garaus. Soll zwischen Garde und Volksheer ein ähnliches Verhältniß obwalten?

Fast ganz negativ war das Ergebniß der Anfrage des Abgeordneten v. Schorlemer über den Stand der Zoll-Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Es zeigte sich im preußischen Abgeordnetenhause wieder, wie selbst die beste Sache durch das Parteiwesen in unseren Kammern verpfuscht wird. Auch die Regierung erkannte an, daß die Interpellation eine sachgemäße und im Interesse des Landes gelegene war; aber weil sie von einer mißliebigen Partei ausging, mußte ihr von Freihändlern, wie Braun, Richter und Meyer widersprochen werden. Doch wurde in der Verhandlung selbst betont, daß während die österreichische Regierung ihrer Volksvertretung klaren Wein einschenkt, das deutsche Volk völlig im Unklaren über diese Frage gelassen wird. Nur zu der einen Erklärung bequemte sich Minister Achenbach, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen seien. Es mag für die Regierung schwer sein, Erklärungen über die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich abzugeben in einem Augenblicke, in welchem diese Verhandlungen schweben, schwerer aber ist es für Handel und Industrie, einer Lage entgegenzugehen, in welcher die Ungewißheit über die Entwickelung der handelspolitischen Verhältnisse fortdauert und alle Geschäfte, die auf den Handelsbeziehungen mit Oesterreich beruhen, auf eine schiefe Ebene gestellt sind.

Die Aufregungen über die Welfenfonds-Debatte zittern in allen preußischen Blättern nach. Lasker hat sich in der Debatte wieder einmal als der größte Rabulist erwiesen und sich den Beinamen eines „Kniffsthologen" erworben. Seine Pfiffe und Kniffe, um das Schwarze weiß zu nennen, waren haarsträubend. Windthorst aber gab den ihm an den Hals geworfenen „Jesuiten" nicht ungeschickt zurück. Unter lauten Zurufen seiner Freunde erklärte Windthorst, daß er seine jesuitische Unterscheidung vom Präsidenten des Reichskanzleramtes Hofmann gelernt, der im Reichstage bei der bekannten Interpellation Kantecki geäußert, Bismarck habe in seiner Eigenschaft als preußischer Minister-Präsident, aber nicht als Reichskanzler von dem Falle Kenntniß gehabt. (Großer Lärm im Centrum; zu Camphausen gewandt): „Wo ist der Jesuit?" Richter bemerkt persönlich, er habe die sichersten Anzeichen dafür, daß die Presse gegen die Privatbahnen, wie neulich gegen die Stettiner Bahn, beeinflußt werde, um die ministerielle Auffassung zu vertreten. So lange nicht Bismarck selbst erkläre, dem sei nicht so, könne er seine Worte nicht zurücknehmen. Er habe Beweise, sowie Zeugen; er, Virchow und Hänel halten sich aus Urkunden bis zur Evidenz von der großen, vorgekommenen Preß-Corruption überzeugt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Petersburg, 8. December. (Off. Telegr. aus Bogot): Gestern beschränkten sich die Operationen darauf, daß die rechte Kolonne der Türken aus Slatarica vertrieben und nach Bebrowa zurückgeworfen wurde. Die linke Kolonne der Türken versuchte einen Angriff, stand aber Nachmittags 3 Uhr von demselben ab. Die Streitkräfte der Türken gegenüber Slatarica werden auf 10,000, diejenigen bei Jakowizi gegen 30,000 Mann geschätzt. Heute gegen 2 Uhr Nachmittags erneuerte sich der Kampf bei Jakowizi, doch hörte die Kanonade gegen 4 Uhr wieder auf.

Paris, 7. December. Der „Moniteur" erfährt, daß Audiffret-Pasquier dem Marschall Mac Mahon Folgendes gesagt habe: Ich kann nicht zugeben, daß Sie Ihre Ehre bei der Frage des Ministerwechsels als interessirt bezeichnen, denn dann würde ich, der Ihnen den Rath ertheilte nachzugeben und die Politik der Versöhnung zu adoptiren, entgegen sein, wenn ich Ihnen etwas Entehrendes rathen würde. — Der „Pays" veröffentlicht einen Artikel Gasagnac's, worin dieser erklärt, die Handlungsweise des Marschall-Präsidenten sei schlimmer, als Alles, was man Bazaine vorgeworfen habe. Der Artikel schließt mit folgendem Satze: Möge sein Gewissen als Soldat, sein Gewissen als Edelmann und Christ ihn an seine Schwüre, sein Ehrenwort und seine Verpflichtungen erinnern.

Locales und Sächsisches.

— Landtag. In der 1. Kammer wurden vorgestern den Herren Schulinspectoren einige Complimente gemacht, die sie nicht hinter den Spiegel stecken werden. Auf der Tagesordnung stand die Petition des Schulvorstandes zu Wilschdorf und Gen., welche in der Bitte gipfelt, bei der Regierung zu beantragen, daß die Einführung des Turnunterrichts auf dem platten Lande den Gemeinden, in denen die zum Turnunterricht erforderlichen Einrichtungen nicht getroffen werden können, freistehe. Die Deputation (Ref. v. Waydorf-Sollschwitz) empfahl der Kammer: die Regierung zu ermächtigen, den Termin, bis zu welchem der Turnunterricht obligatorisch eingeführt sein soll, für einfache Volksschulen bis auf Weiteres hinauszuschieben. Abg. Seiler: Es handle sich hier um einen derjenigen Punkte des Volksschul-Gesetzes, von denen er bereits früher gesagt, daß sie sich in der Praxis nicht bewähren würden. Ein großer Theil der Ortschaften habe sich dem bestimmten Auftreten der Schulinspectoren fügen müssen. Die Schulinspectoren würden auch in gewissen Gemeinden für eine wahre Landplage gehalten. (Der Präsident bemerkt, dieser Ausdruck sei zu stark). Auf dem Lande betrachteten die Kinder das Turnen als Spielerei, zumal daselbst von einem sanitären Erfolge nicht die Rede sein könne. Er wünscht die von der Deputation beantragte Nachsicht auch auf die Gemeinden ausgedehnt, welche gezwungen und wider ihren Willen den Turnunterricht eingeführt hätten. Staatsminister Dr. v. Gerber: Bezüglich der Einführung des obligatorischen Turnunterrichts sei Sachsen nur den übrigen deutschen Staaten gefolgt. Der hauptsächliche Zweck desselben sei ein disciplinärer. Die der Einführung des Turnunterrichts entgegenstehenden Schwierigkeiten würden wesentlich erleicht dadurch, daß man glaube, die Anforderungen betreffs der dazu nöthigen Einrichtungen seien zu hohe; es würden aber nicht überall bedeckte Turnhallen ꝛc. verlangt. Schließlich nimmt sich der Minister der Schulinspectoren an, welche es nie an Mühe, redlicher Arbeit und voller Hingebung an ihren schwierigen Beruf hätten fehlen lassen. Bürgermeister Hirschberg hält das Turnen für keine Spielerei, sondern für ein wichtiges Erziehungsmittel. Unser Vaterland, das bisher immer in Betreff der Volkserziehung einen hohen Rang eingenommen, dürfe diesen wichtigen Zweig nicht vernachlässigen. Eine directe Abweisung der Petition wäre ihm lieber gewesen, jedenfalls bitte er die Regierung, die Ermächtigung möglichst sparsam zu handhaben. Seiler rechtfertigt sein Urtheil über die Schulinspectoren, welche mangels an praktischen Erfahrungen auf dem Lande nicht immer sehr beliebt seien, durch einige Beispiele. Die Herren seien namentlich in seiner Gegend mit einer Suffisance und Entschiedenheit aufgetreten, welche unangenehm habe berühren müssen. Präs. v. Zehmen bittet, Ausdrücke, wie „Suffisance", zu vermeiden. von Erdmannsdorff: In einer Menge von Gemeinden sei der Turnunterricht nicht durchführbar. Die Kinder hätten oft eine Stunde weit in die betreffende Schule zu gehen und hätten Bewegung in freier Luft gerade genug. In den Städten sei es etwas anderes. Indem man der Deputation beitrete, helfe man ab, wo es nöthig ist und trete dem richtigen Prinzipe nicht entgegen. v. Trützschler bittet die Regierung, zu erwägen, inwieweit bei Einführung des Turnunterrichts nicht auch die Staatshilfe geboten erscheine. Ohne eine solche könne die allgemeine Einführung desselben nicht erfolgen. v. Böhlau: Sein Glaubensbekenntniß gehe dahin, daß er das Institut der Volksschulinspektoren für einen gefährlichen Treiber in das Lager der Sozialdemokratie halte, da die Unzufriedenheit durch die Ansprüche, welche die Schulinspektoren an die Gemeinden stellten, vermehrt würde. Er hätte gewünscht, daß die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden wäre. v. König bittet, daß namentlich auf die Sittlichkeit der Erziehung in den Volksschulen Rücksicht genommen und daß nicht das vielerlei Wissen, sondern das gründliche Wissen gepflegt werde. Er glaube, daß man mit dem Volksschulwesen noch nicht ganz auf richtigem Wege sei. Staatsminister v. Gerber: Das Volksschulwesen sei überhaupt kein Thema, bei dem ein rascher Abschluß zu erwarten. Uebrigens möge man eine Schule noch so hoch entwickeln, sie wird nie das ersetzen, was das Haus vernachlässigt hat. Bezüglich des von Herrn v. Böhlau hervorgehobenen Zusammenhanges der Bezirksschulinspektoren mit der Vermehrung der Sozialdemokratie, so bekenne er, daß ihm derselbe ebenso interessant als neu und überraschend sei. Seitens des Ministeriums würden die Bezirksschulinspektoren beständig gemahnt, den Interessen und Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung zu tragen und nicht zuviel zu verlangen. Wo es Gemeinden schwer werde, den Anforderungen zu entsprechen, reiche bereitwillig der Staat die Hand zur Erleichterung. Nach dem Schlußworte des Referenten wird der Antrag der Deputation einstimmig angenommen.

— Sachsen hat im deutschen Bundesrath einen Antrag eingebracht, die Rübenzuckersteuer entsprechend den technischen Fortschritten bei der Zuckerproduktion zu erhöhen. Es werden nämlich jetzt infolge der Vervollkommnung des technischen Betriebes der Zuckerfabrikation zur Bereitung eines Centners Rohzucker nicht mehr 12,5, sondern nur 11,739 Ctr. Rüben verwendet. Demgemäß sind auch für einen Centner Rohzucker nicht mehr 10 Mk., sondern nur noch 9,39 Mk. an Zuckersteuer zur Erhebung gelangt, ein Mißverhältniß, dessen Beseitigung ebenso gerechtfertigt, als im finanziellen Interesse wünschenswerth erscheint und am geeignetsten dadurch zu erzielen sein dürfte, daß der Steuersatz von 0,80 Mk. für jeden Centner der zur Zuckerbereitung bestimmten Rüben auf 0,85 Mk. erhöht wird. Diese Erhöhung stellt nach dem im Durchschnitt der Jahre 1869/70 bis 1875/76 versteuerten Rübenverbrauch von jährlich 62,668,703 Ctr. für die Reichskasse eine Mehreinnahme von jährlich netto 3,133,435 Mark in Aussicht. Eine solche Steuererhöhung wird gerade jetzt dem Rübenzuckerfabrikanten um so unbedenklicher angesonnen werden können, als sie seit 1872 gute Ernten und 1875 eine geradezu unerhörte Rübenernte gemacht und zugleich recht hohe Preise für ihre Fabrikate erzielt haben. Außerdem seien bei dem Export von Zuckerfabrikaten Vergütungen gewährt worden, welche die wirklich entrichtete Steuer erheblich überstiegen haben dürften.

— Wie uns Abg. Walter mittheilt, hat er seinen lange gehegten Plan, die sächsische Regierung wegen ihrer Haltung bei den deutsch-österreichischen Zollverhandlungen und wegen des Standes derselben zu interpelliren, lediglich deshalb zurückgezogen, weil ihm von allen Seiten die Fruchtlosigkeit einer solchen Interpellation betont wurde. Die sächsische Regierung hätte, schon aus Rücksicht auf die preußische, nicht Erklärungen geben können, die von letzterer selbst soeben verweigert wurden. Unseres Erachtens entbindet eine solche Aussicht einen Abgeordneten nicht, das für zweckmäßig Erkannte doch zu thun. Wenn man in den höchsten Kreisen nicht weiß und erfährt, mit welchen Betrachtungen man im Stande der Gewerbtreibenden diese Entwickelung verfolgt, so thut man noch weniger, als man ohnehin geneigt ist, um das Land aufzuklären.

— Nach einem bei Herrn Advokat Fasoldt eingegangenen Telegramm ist in der Nacht zum Freitag Herr Advokat Franz Ludwig Siegel in Goßensaß in Tirol eines plötzlichen Todes verstorben. Der Verstorbene war als früherer Redakteur der „Constitutionellen Zeitung" eine Zeit lang eine in Sachsen weitbekannte Persönlichkeit; später gehörte er dem Stadtverordnetencollegium an und wurde für einige Zeit als unbesoldetes Mitglied in den Stadtrath gewählt. Nach dem Ausscheiden aus letzterer Stellung unternahm er mit seiner Gattin, der Schriftstellerin Anna Lohn, eine mehrmonatliche Reise nach Italien. Auf der Heimkehr von da ereilte ihn der Tod. Friede seiner Asche!

— Da in Oesterreich eine Erhöhung des Kaffeezolls von 16 auf 24 Gulden pro Centner befürchtet wird, versorgen sich daselbst alle Kaufleute, die diesen Artikel führen, mit massenhaften Vorräthen. Nun beziehen die meisten der Kaufleute in Böhmen, ja sogar viele in Wien ihren Kaffee durch Vermittelung sächsischer, speziell Dresdner Grossisten. Diese haben infolge dessen augenblicklich alle Hände voll zu thun, um den Bedarf ihrer österreichischen Kundschaft zu befriedigen.

— Am gestrigen Tage begegnete man in den Straßen unserer Stadt einer großen Anzahl sächsischer Eisenbahn-Unterbeamten. Anfänglich zu dem Glauben hinneigend, daß die Anwesenheit eines so bedeutenden Personals einer dienstlichen Conferenz gelten könnte, stellte es sich jedoch heraus, daß es sich lediglich um Theilnahme an einer Auction handelte, welche von Zeit zu Zeit von der Generaldirection der sächsischen Staatsbahnen in den Räumen des schlesischen Bahnhofes zu Dresden veranstaltet wird. In diesen Auctionen kommen nämlich ausrangirte Kleidungsstücke von Eisenbahnbeamten, als Stiefel, Mäntel, Pelze, Filzschuhe, Mützen u. s. w. zur Versteigerung und wird dadurch namentlich den Bremsern, Bahnwärtern, Weichenstellern, den ständigen Eisenbahnarbeitern ꝛc. Gelegenheit geboten, für einen billigen Preis das eine oder andere Kleidungsstück käuflich an sich zu bringen, denn Privatleute sind von diesen Auctionen vollständig ausgeschlossen.

— Es herrschen in manchen Kreisen, besonders in denen der kleineren Gewerbtreibenden, noch häufig eigenthümliche Ansichten betreffs des geistigen Eigenthums, zumal betreffs patentirter Erfindungen. Gar Viele sind der Meinung, daß man ihnen nichts anhaben könne, wenn sie einen patentirten Artikel in der Weise nachmachen, daß sie nur unwesentliche Aenderungen betreffs des Aeußeren anbringen, im Uebrigen aber den patentirten Gegenstand ganz in der gesetzlich geschützten Form anfertigen und zum Verkauf bringen. Dem gegenüber bedroht das Reichsgesetz im § 34 solche Uebertretungen nicht nur mit Geldbuße bis zu 5000 Mark oder Gefängniß bis zu 1 Jahre, sondern event. auch noch mit Entschädigung an den Verletzten bis zu 10,000 Mark